

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 003.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Plagvorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Arbeiterblut ist geflossen!

Beginn des Kampfes gegen den inneren Feind. — 8 Tote, 29 Verwundete.

An das werktätige Volk Deutschlands!

Bulgarien hat kapituliert, die Türkei und Oesterreich-Ungarn haben den Waffenstillstand bereits abgeschlossen. Das Deutsche Reich steht ohne Bundesgenossen da und wird jetzt auch vom Südosten her bedroht. Trotzdem wagt es die Militärpartei, die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Mann zu fordern. „Nieber in Ehren untergehen, als die Waffen jetzt niederlegen“ — ist ihre Parole. Sie spekuliert auf die Revolution in — Frankreich!

Die Regierung nimmt eine unklare Haltung ein. Viele Tausende Einziehungen sind in diesen Tagen im ganzen Reich erfolgt. Während die Arbeiter und Bürger das Ende des sinnlosen Mordens leidenschaftlich erwarten, werden sie ihrer Beschäftigung entzogen, der militärischen Disziplin unterworfen, Strapazen und Cythberungen ausgesetzt. Die Flammen der Empörung über dieses Treiben schlagen hoch.

Arbeiter! Die Regierungsozialisten ermahnen euch, Vertrauen zur Regierung zu haben. Während die Kriegstreiber am Werk sind, sollt ihr ruhig abwarten, was die Regierung beschließen wird. Jede selbständige freie Be-

tätigung der Massen soll unterdrückt werden. Mit welchem Recht kann die Regierung euer Vertrauen fordern?

Entweder hat die Regierung die Einziehungen verfügt, dann ist sie mit der Fortsetzung des Krieges einverstanden und treibt ein gewöhnliches Doppelspiel. Oder diese Maßregeln geschehen gegen ihren Willen, über ihren Kopf hinweg. Dann ist der Beweis erbracht, daß die Geschicke des deutschen Volks durch dunkle Mächte gelenkt werden, die daran sind, das Verderben des Volks zu vollenden.

Unverantwortlich wäre es, wenn ihr den Ereignissen freien Lauf ließt. Seid auf der Hut!

Nicht Fortsetzung des Krieges — sofortiger Friede!

Das ist die unabänderliche Forderung der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes.

Haltet Euch zum Eingreifen bereit!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 4. November 1918.

gegen ihn vorliegt. Die „Volks“-regierung denkt nicht daran, ihn wieder in Freiheit zu setzen.

Noch vielen andern Kämpfern für die Rechte des Volkes, für die Wiederherstellung des Friedens geht es ebenso.

Wie lange soll dieser Skandal, dieses Regiment der Willkür und der politischen Unterdrückung noch dauern?

Herr Reim und sein wohlhabender Bekannter.

Nachdem Genosse Bernstein im Berliner Tagblatt (Warum dort?) seine im Reichstage erhobenen Anklagen gegen den General Reim näher spezifiziert hat, hält es dieser hervorragende Offizier eublich für an der Zeit, sich persönlich zu äußern.

Seine Entgegnung ist recht nett.

Bernstein stellte fest, daß es in den Büchern der Firma Krupp ein Konto K. gegeben habe, und daß der Empfänger der dort gebuchten Beträge eben der General Reim gewesen sei, den ein Mittelsmann als einen brauchbaren publizistischen Mitarbeiter empfohlen habe.

Darauf hat Herr Reim sachlich wenig zu erwidern, und das Wenige ist ein Eingeständnis.

Er erklärt in der Deutschen Zeitung, daß Krupp an den von ihm herausgegebenen Deutschen Jahrbüchern für Armee und Marine mit einem Betrage beteiligt gewesen sei. Der Betrag soll klein gewesen sein, aber immerhin wurde es durch ihn, wie sich Reim ausdrückt, ermöglicht, die „Unabhängigkeit“ der Jahrbücher voll aufrechtzuerhalten, auch nach der amtlichen Seite hin.

Eine famose Unabhängigkeit, die durch die Gelder der Firma Krupp garantiert wird.

Krupp hat niemals eine Gegenleistung verlangt, aber es traf sich eben doch glücklicherweise, daß die Reim'sche Zeitschrift sich warm für die Rohrrücklaufschleife einschob, die die Essener Firma konstruierte. Wer will da von unlauteren Beziehungen reden?

Der betriebsame General stellt sich auf den Standpunkt, es sei nicht nur das gute Recht, sondern sogar die vaterländische Pflicht des Herrn Krupp gewesen, Beiträge zu den „vaterländischen“ Organisationen, wie Schützenverein und Flottenverein, zu leisten. Den stärksten Trumpf glaubt er mit der Vermutung auszuspielen, daß auch Bernstein sich nicht moralisch entrüsten werde, wenn „wohlhabende Bekannte“ seine Bestrebungen finanziell unterstützen.

Die Firma Krupp als die wohlhabende Bekannte, die aus Gefälligkeit und weil sie es nun einmal hat, Herrn Reim Beiträge zuwendet — wach ein Wig!

München, Stuttgart und Kiel.

In Kiel ist Arbeiterblut geflossen. — In München wurde die Entlassung von drei politischen Gefangenen erzwungen. — Ein Soldaten- und Arbeiterrat in Stuttgart.

8 Tote, 29 Verwundete in Kiel.

Im Kampfe gegen den inneren Feind hat die „Volks“-regierung die ersten Vorbeeren gekostet.

8 Tote, 29 Verwundete in Kiel: was in Leipzig, was in andern Städten erst noch eingeübt wird, das hat in Kiel seine Generalprobe erlebt. Der Kampf gegen den äußeren Feind neigt seinem Ende zu, der Kampf gegen den inneren Feind beginnt.

Den Triumph, der dem deutschen Militarismus gegenüber den Kriegsgegnern versagt geblieben ist, den will er sich jetzt holen, indem er gegen die eigenen Volksgenossen mit Maschinengewehren und Handgranaten vorgeht.

8 Tote, 29 Verwundete in Kiel: hört es, ihr Arbeiter, hört es, Proletariat! Arbeiterblut ist in Strömen geflossen, Arbeiterblut unter der Regierung der Exzellenzen Scheidemann und Bauer!

Bergeblut muß der Versuch bleiben, die „Volks“-regierung, die regierungssozialistischen Exzellenzen und damit die regierungssozialistische Partei von der Mitschuld an dem Blutbad freizusprechen. Seitdem vor einer Woche die Leipziger Volkszeitung den Garnisonbefehl gegen den inneren Feind veröffentlicht hat, muß es der „Volks“-regierung bekannt sein, welche Ziele die militärischen Machthaber verfolgen.

Das in Kiel vergossene Arbeiterblut komme nicht nur über die dortige Militärbehörde; es komme über die „Volks“-regierung, es komme über euch, ihr regierungssozialistischen Exzellenzen!

Der militärische Befehlshaber in Kiel, der das Kommando zum Feuern gab, hat seinen Schuß in den Kopf dahin. Der Volkszorn wird sich aber nicht damit begnügen, einen Einzelnen unschädlich gemacht zu haben, der einen Befehl von oben ausgeführt hat. Das in Kiel von militärischen Machthabern unter Billigung der „Volks“-regierung vergossene Blut schreit um Vergeltung!

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, ist bei der Regierung wegen der Vorgänge in Kiel große Beunruhigung eingelehrt. Die dortigen Behörden melden, es sei dringend nötig, daß ein Mitglied des Kabinetts nach Kiel komme, um die Massen zu beruhigen.

Ausdrücklich wurde aber hinzugefügt, daß es keiner der beiden Zentrums-Staatssekretäre und auch nicht Scheidemann sein dürfe, der bei den Arbeitern keinen Kredit bestie.

Am Montagmittag hat sich darauf Herr Haußmann nach Kiel begeben. Ob der die gewünschte Beruhigung herbeigeführt hat, ist nicht bekannt.

Nicht nur in Kiel haben die Arbeiter nicht das mindeste Vertrauen zu Herrn Scheidemann und den Scheidemannern!

Die Vorgänge in Kiel.

Offiziös wurde am Montag folgender Bericht verbreitet: Wie die Kieler Zeitung meldet, ist es am gestrigen Sonntag zu Unruhigkeiten gekommen. Am Nachmittag fand auf dem großen Exerzierplatz eine Versammlung statt, an der sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten und in der ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus dem Veranlagungstotal Waldwiese herausholte, das Total erheblich zerstört und sich verschiedener Waffen bemächtigte. Der Zug begab sich nun zur militärischen Arrestanstalt. Die von 3. Geschwader wegen schwerer Verhöhnungsverweigerung dort untergebrachten Gefangenen sollten mit Gewalt befreit werden. An der Ecke der Mecklenburger Straße war die Straße durch Militär absperrt. Der beschuldigte Offizier forderte die Menge auf, auseinanderzugehen. Die Demonstranten drangen trotzdem vor. Darauf gab der Offizier Befehl zum Feuern. Es wurden acht Personen getötet, 29 verwundet.

Aus der Menge wurde ebenfalls geschossen und mit Steinen geworfen. Der Führer der Militärabteilung wurde durch einen Schuß am Kopfe schwer verwundet. Die Menge stieß dann auseinander und vermochte sich nicht wieder zu sammeln. Weitere Unruhen fanden am Abend und im Laufe der Nacht nicht statt.

Die Bedingungen für Deutschland unterwegs?

Bern, 3. November. Petit Parisien schreibt: Die Konferenz der Alliierten betreffend des Waffenstillstands- und Friedensangebots der Mittelmächte nähert sich dem Ende. Man kann jetzt schon sagen, daß in allen erörterten ersten Fragen völlige Einigung erzielt wurde. Die Beschlüsse können jedoch erst veröffentlicht werden, nachdem sie am Bestimmungsorte eingetroffen sind, was nicht mehr lange dauern kann. Anscheinend kann man erst gegen Mitte der Woche über die endgültige Antwort unterrichtet sein.

Die Bedingungen.

Genfer Blätter veröffentlichen die angeblichen Waffenstillstandsbedingungen der Entente für Deutschland. Es sollen folgende sein:

- 1. Räumung des linken Rheinufers, Elsaß-Lothringens und der Pfalz; 2. Besetzung der Rheinbrücken durch alliierte Truppen; 3. Uebergabe eines großen Teils des Kriegsmaterials, sämtlicher Uebersehote und eines Teils der Flotte; 4. Wiederherstellung der Industrie in Belgien und Nordfrankreich durch Deutschland und sofortige Befreiung der notwendigen Werkzeuge; 5. Lieferung der nötigen Kohle als Entschädigung für die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich; 6. Entschädigung in Geld; 7. Kontrolle der deutschen Häfen bis zur vollständigen Ausführung der Friedensbedingungen.

Die Gerüchte, wonach die Bedingungen bereits in Berlin eingetroffen seien, entbehren der Grundtats. Indessen wird an zentralen Stellen angenommen, daß sie sich nicht wesentlich von den Forderungen unterscheiden werden, die die Schweizer Blätter zusammenstellen.

Wie lange soll der Skandal noch dauern?

„Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.“ So heißt es in dem Ausruf der „Volks“-regierung. Kann es einen ärgeren Lug geben?

Eine Amnestie, ein Gnadenersatz für eine kleine Schar Auserwählter ist gekommen, aber keine Befreiung aller derer, die von den alten Machthabern wegen ihrer politischen Gesinnung ins Gefängnis und ins Zuchthaus geworfen wurden.

Noch immer sitzt unsere Genossin Rosa Luxemburg in Schutzhaft; wider Recht und Gerechtigkeit wird sie seit Jahren ihrer Freiheit beraubt, und auch die „Volks“-regierung rührt keinen Finger für sie. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß Rosa Luxemburg entlassen worden sei, ist ein Schwindel.

In Chemnitz hält man unsern Genossen Fritz Hedert noch immer in Schutzhaft, trotzdem selbst nach den harten Bestimmungen des Belagerungszustandes nichts